

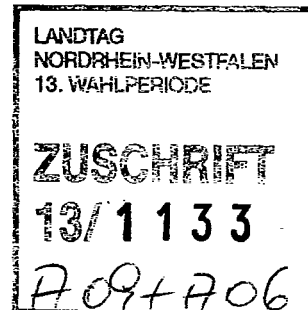
## Hans Meyer

Landesrat · Leiter des Landesjugendamtes und der  
Westfälischen Schulen

Münster, 11.10.2001

Frau  
Annegret Krauskopf  
Vorsitzende des Ausschusses  
Kinder, Jugend und Familie  
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf



## Entwurf des Landeshaushalts 2002

Sehr geehrte Frau Krauskopf,

mit großer Sorge beobachten die Kreise, Städte und Gemeinden in Westfalen-Lippe die Ankündigung geplanter Mittelkürzungen im Landeshaushalt 2002.

Die Unruhe in den kommunalen Jugendämtern ist besonders groß und täglich erreichen uns Rückfragen aufgrund der unklaren Informationslage. Im Kontext der Haushaltssicherungskonzepte kommt zu den neuen Haushaltsrisiken in den Feldern offene Kinder- und Jugendarbeit, Beratungsstellen und Familienerholung noch die erhebliche Verunsicherung durch die Kürzungsabsichten in den landesfinanzierten UVG-Anteilen. Schließlich betrifft die Jugendämter zur Zeit auch noch die Umsetzung des neuen SGB IX. Zum kommenden Jahr werden Jugendämter und freie Träger dann noch die Vorgaben des Haager Übereinkommens zur Adoptionsvermittlung realisieren müssen.

Die 87 Jugendämter in Westfalen-Lippe erwarten von uns zurecht, dass wir ihre berechtigten Interessen auch gegenüber dem Land vertreten. Der Landesjugendhilfeausschuss hat deshalb eine Resolution beschlossen, die ich Ihnen mit diesem Schreiben überreichen möchte.

Bitte setzen Sie sich in den weiteren Beratungen zum Landeshaushalt 2002 für die Belange der Kinder, Jugendlichen und Familien in Nordrhein-Westfalen ein. Für die

knappes Haushaltssituation des Landes gibt es auch Verständnis, die angekündigten Kürzungen werden aber definitiv zu einem massiven Abbau von Jugendhilfeangeboten in NRW führen, da eine Kompensation aus kommunalen Mitteln derzeit völlig unrealistisch ist.

Gerne stelle ich Ihnen auch weitere Fakten, Modellrechnungen, Argumentationslinien zur Verfügung. Selbstverständlich bin ich persönlich auch jederzeit zu einem Gespräch bereit.

Eine gleichlautendes Schreiben habe ich Frau Ministerin Fischer zukommen lassen.

Mit freundlichen Grüßen



Hans Meyer

## **Resolution des Landesjugendhilfeausschusses Westfalen-Lippe**

### **Kürzungen im Landeshaushalt 2002 im Bereich der Jugend- und Familienförderung**

Mit Unverständnis hat der Landesjugendhilfeausschuss Westfalen-Lippe zur Kenntnis genommen, dass die Landesregierung im Bereich der Jugend- und Familienförderungen Kürzungen in einer Höhe von 23 Mio. Euro vorgesehen hat.

Dies ist nicht hinnehmbar.

Die Einsparungen sollen betreffen

- die kommunalen Kinder- und Jugendzentren in Stadtteilen um rd. 13 Mio. Euro,
- die kommunalen Erziehungsberatungsstellen um rd. 8 Mio. Euro und
- den Bereich der Familienerholung um rd. 2 Mio. Euro.

Der Landesregierung ist bekannt, dass die Haushaltssituationen der Kommunen in Nordrhein-Westfalen es nicht erlauben, die ausfallenden Landesmittel aus eigenen Mitteln zu ersetzen. Folglich führt eine Streichung der Landesförderung zwangsläufig zu einer Reduzierung des vorhandenen Angebotes bis hin zur Schließung von notwendigen Einrichtungen.

Kinder, Jugendliche und ihre Eltern müssen sich auf die Aussage der Landesregierung, dass ein differenziertes System der Unterstützung, Beratung und Hilfe anzubieten ist, verlassen können. Dies ist nur mit einer sicheren Landesförderung möglich.

Erforderlich kann daher nur eine Weiterentwicklung der Angebote der Familienförderung und der Kinder- und Jugendhilfe gemeinsam mit den Kommunen und freien Trägern sein. Gerade den präventiv wirkenden Einrichtungen kommt dabei in dem sozialen Netzwerk eine besondere Bedeutung zu. In diesem Bereich besteht ein niedrighschwelliges Angebot um frühzeitig auf die Entwicklungsperspektiven von Kindern, Jugendlichen und deren Familien positiv einzuwirken. Ohne ausreichende präventive Unterstützungsangebote lassen sich zudem erhebliche Mehraufwendungen in späterer Zeit nicht vermeiden.

Nicht Kürzung, sondern Erhöhung der Landesmittel ist daher das Gebot der Stunde.

Der Landesjugendhilfeausschuss Westfalen-Lippe fordert daher den Landtag eindringlich auf, die für den Haushalt 2002 vorgesehenen Kürzungen im Bereich der Jugend- und Familienförderung zurückzunehmen.

---